

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis für den Anzeiger...
Kontingentspreis für den Anzeiger...
Kontingentspreis für den Anzeiger...
Kontingentspreis für den Anzeiger...

Veränderungen nehmen die Anzeiger...
für die Anzeiger...
Ergebnis wertvoll...
Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1440

Nr. 90

Sonnabend, den 18. April 1925

20. Jahrgang

Neue Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung.

Caillaux ist bereit, das Portefeuille des Finanzministers zu übernehmen.

Paris, 16. April. Ueber die Unterredung Painlevés mit einer Anzahl Politiker, darunter Briand de Monzie und Chaumet, die erst nach 3 Uhr heute früh ihr Ende fand, verbreitet Havas folgende Mitteilung: Die lange Dauer dieser Konferenz scheint darauf hinzuweisen, daß sich ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten offenbart haben. Es werde versichert, daß die Unterredung beendet worden sei, ohne daß eine endgültige Verständigung habe erzielt werden können. Weitere Besprechungen sind für heute vormittag vorgesehen. Caillaux beabsichtigt, sich mit einigen seiner politischen Freunde auszusprechen, bevor er Painlevé aufsucht. Man muß folglich die ausdrücklichen Vorbehalte bezüglich der bis jetzt gemachten Voraussetzungen über die Zusammenlegung des Kabinetts machen.

Die Havas weiter berichtet, wird sich Caillaux heute vormittag ins Finanzministerium begeben, wo er mit de Monzie und dem Gouverneur der Bank von Frankreich zusammentreffen wird, um sich über gewisse Punkte, besonders über den Stand der Staatsfinanzen Aufschluß geben zu lassen.

„Matin“ schreibt über die Abflug der Ministerreise, obzwar die Hoffnung bestehe, daß die Bildung eines Kabinetts Painlevés nicht aufgegeben werde, dürfe man doch die Unruhe nicht verkennen, die sich gestern in den Wandelgängen des Senats und der Kammer gezeigt habe, als man die mögliche Zusammensetzung des Kabinetts Painlevé erfahren habe. Als gestern abend im Senat die Möglichkeit eines Eintritts Caillaux' in das neue Ministerium bekannt wurde, habe Poincaré ausgerufen: „Die Wahl Caillaux' bedeutet eine Herausforderung des Senats.“ Diese Äußerung Poincarés habe einen großen Eindruck hervorgerufen.

Der Abgeordnete Diefel wird Caillaux heute nachmittag 4 Uhr in die Kammer begleiten, wo Caillaux vom Vorstand und geschäftsführenden Ausschuss der radikalen Kammerfraktion gehört wird. Dieser Sitzung werden auch der geschäftsführende Ausschuss und der Vorstand der demokratischen Linken des Senats beiwohnen. Im Verlaufe dieser Konferenz wird Caillaux seine Ansichten über die Lage auseinandersetzen, und erst später wird Caillaux wiederum mit Painlevé zusammentreffen. Erst in diesem Augenblick werden die von Painlevé geführten Besprechungen in eine entscheidende Phase treten. Die Freunde Painlevés erklären, daß dieser auf jeden Fall wünsche, sich die Mitarbeit von Caillaux und Briand zu sichern, und daß er, wenn ihn diese beiden im Stiche ließen, nicht die Möglichkeit im Auge fassen würde, die Krise auf andere Art zu lösen.

Im Verlaufe der Verhandlungen, die Caillaux mit dem Vorstand der radikalen Partei und den Vorständen der radikalen Kammer- und Senatsfraktion geführt hat, erklärte er, daß die Lage des Schachmattes ihm ernst erscheine und daß, wenn er an die Spitze der Finanzen trete, er den Versuch machen werde, sie durch geeignete Mittel wieder normal zu gestalten, namentlich dadurch, daß er eine klare Trennung zwischen den Fragen des Schachmattes und den budgetären Fragen eintreten lasse. Caillaux fragte die Führer der radikalen Partei, ob er auf ihren Beistand rechnen könne. Es wurde hierauf einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der erklart wird, daß man Caillaux für die Durchführung des Werkes der finanziellen Wiederaufrichtung Vertrauen schenke. Caillaux soll hierauf bemerkt haben, daß er grundsätzlich sich bereit erklärt, das Portefeuille des Finanzministers anzunehmen.

Kammerpräsident Painlevé hat im Laufe des Vormittags seine Verhandlungen mit politischen Persönlichkeiten, die er gegebenenfalls in sein Kabinett aufnehmen will, fortgesetzt. Er empfing Senator Schramek sowie die Abgeordneten Antierou und Venazet und unterhielt sich auch mit dem Generalsekretär für Elbsch-Bohringen beim Ministerpräsidenten Tocaou.

Die sozialistisch-radikale Gruppe für Caillaux.

Paris, 16. April. Die Tagesordnung, welche die Radikalen heute angenommen haben, hat folgenden Wortlaut: Die Mitglieder der radikalen und der sozialistisch-radikalen Gruppe erklären, nachdem sie mit Caillaux verhandelt haben, daß sie ihm Vertrauen schenken und versichern ihm ihres vollkommenen Beistandes.

Vereitelter Anschlag auf Caillaux.

Gestern vormittag 11 1/2 Uhr wurde am Quai d'Orsay in der Nähe des Kammergebäudes und des Ministeriums für Auswärtiges ein Mann verhaftet, der durch sein auffälliges Benehmen die Aufmerksamkeit der Polizei erregt hatte. Es

handelt sich um einen Bankangestellten, der, wie die Untersuchung ergab, im Besitz eines Revolvers war und, wie er erklärte, die Absicht hatte, Caillaux zu töten. Aus dem polizeilichen Verhör ergab sich, daß man es höchstwahrscheinlich mit einem Geisteskranken zu tun hat. Er wurde dem Gefängnislazarett überwiesen.

22 350 000 000 Francs Vorschuß an den Staat.

Die gestern veröffentlichte Wochenbilanz der Banque de France weist unter den Aktiven eine Vermehrung der Vorschüsse an den Staat um 350 Millionen Francs auf, sodaß der Vorkauf „nichtständige Vorschüsse an den Staat“ sich auf 22 350 000 000 Francs beläuft. Diese Erhöhung ist, wie Havas berichtet, auf die Tatsache zurückzuführen, daß eine entsprechende Zahl Schahbonds, die den privaten Kreditinstituten übergeben und von diesen bei der Banque de France diskontiert worden sind, bei der Veröffentlichung der letzten Wochenbilanz fällig geworden sind. Diese Schahbonds sind unter dem Posten Staatspapiere (Portefeuilles) enthalten, der infolgedessen eine Verminderung um beinahe 167 Millionen Francs aufweist. Der Notenumlauf ist trotz der Erhöhung der Vorschüsse an den Staat um 45 Millionen Francs niedriger im Vergleich zur letzten Wochenbilanz. Der Posten „Diverses“ unter den Aktiven weist eine Vermehrung von beinahe 388 Millionen Francs auf. Diese ist auf die am 15. April fällig gewordenen Verpflichtungen des Bonds zurückszuführen.

Stressemann in Hamburg.

Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach Außenminister Dr. Stressemann heute abend im Ueberseeclub über „Weltwirtschaft, Weltpolitik“. In einer Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Hamburg, so führte der Redner aus, sei seinerzeit das Wort „Wirtschaft ist unser Schicksal“. Diese These war sicherlich unrichtig, denn letzten Endes entscheiden die großen Grundfragen der Politik über die Völkerschicksale. Aber zu keiner Zeit ist wohl diese Politik mehr von Wirtschaftsfragen beeinflusst worden als in der Gegenwart. Deutschlands Lage sei die, daß es heute viel enger mit dem Ausland wirtschaftlich verflochten sei als früher. Während die Vereinigten Staaten zum Weltgläubiger und Weltbankier geworden seien, sei in Europa, anstatt die Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zusammenzulassen, der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt worden. Der Erfolg sei die Zertümmern fast aller europäischen Währungen gewesen, was wiederum eine Dauerkrise ausgelöst habe, die nun schon seit Jahren auf Europa und der Weltwirtschaft laste. Deutschland verfüge nicht mehr über seine früheren machtpolitischen Mittel, das einzige wirkliche Machtmittel sei eine Konsumkraft. Deutschland habe am 10. Januar seine handelspolitische Handlungsfreiheit zurückgewonnen, es wird seine Handelsvertragsverhandlungen unter Festhaltung am Weisheitsprinzip führen. Möglich sei es, den deutschen Markt durch Höchstzölle abzusichern. Die Richtlinien der deutschen Außenpolitik können nur sein Sicherung der Grenzen des Reiches, freie Entwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse. Diese Grundlinien können auch durch ein Volksvotum über die innenpolitischen Anschauungen nicht geändert werden. Auch könne sich die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die man erhoffe, nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform vollziehen. Das Ausland brauche weder zu fürchten noch zu hoffen, daß Deutschland zerfallen werde; es könne darauf vertrauen, daß sich unbeschadet um den Streit der Parteien die deutschen Verhältnisse gesund und vernünftig entwickeln werden.

Der amtliche Stimmzettel.

Zum zweiten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl sind bis zum Ablauf der Einreichungsfrist (Mitternacht des 16. April) drei Kandidaten nominiert worden, und zwar 1) Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall, Hannover, 2) Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D., Berlin, 3) Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Mitglied des Reichstages, Hamburg. Der Reichswahlleiter hat diese drei Kandidaten zugelassen. Die Einwürter werden in dieser Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel erscheinen. Wie bei dem ersten Wahlgang, enthält der amtliche Stimmzettel außerdem ein freies Feld zum Einzeichnen etwaiger anderer Kandidaten.

Hindenburg spricht im Rundfunk.

Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber um den Posten des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgang freigegeben hat, wird General von Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends eine Rede halten, die über sämtliche deutsche Länder verbreitet wird.

Marx' Wirtschaftsprogramm.

Ansprache in Berlin.

Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx ist am Donnerstag in Berlin eingetroffen und hat auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett im Saale des Zoologischen Gartens eine große programmatische Rede über die Wirtschaftspragen gehalten.

Nach einer kurzen Begrüßungsrede durch Peter Kläber führte Marx aus:

Gerade in diesem Kreise, der gewohnt ist, Tatsachen und Vorgänge nüchtern in ihren Ursachen und Wirkungen zu prüfen, wird es notwendig und möglich sein, die Bedeutung der Präsidentenwahl realpolitisch, fast abzumägen, Politik mit dem Realismus zu treiben. Und daß dies äußerst notwendig ist, scheint mir die drinnen und draußen entstandene, unbezweifelbare Unruhe über die künftige Gestaltung unserer politischen Entwicklung zu erweisen.

Man hat gesagt: Kein Mensch hat sich über die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten aufgeregt, hat aus ihrem Ausgang wirtschaftliche Nachteile oder Vorteile für die Union prophezeit wollen, was kümmert man sich um unsere Angelegenheiten, die rein innerdeutsche Angelegenheiten sind? Das ist eine Ansicht, die sie oft hören werden. Mir scheint indes, sie geht an dem Kern des Problems vorbei, und der heißt doch: wird die Präsidentenwahl in Deutschland eine politische und damit auch wirtschaftliche Kuränderung mit sich bringen oder nicht?

Das ist allerdings ein Problem, das auf äußerste Deutschland und die Welt interessiert. Niemand beklagt mehr als ich die tiefe Herrissenheit, die durch unser Volk geht, das noch immer große Mißtrauen des Auslandes uns gegenüber, aber darüber kann doch kein Zweifel obwalten, daß die Formel auf die, nicht durch unsere Schuld, die Präsidentenwahl gebracht worden ist: Republik oder Monarchie, diesem Zweifelpalt, diesem Mißtrauen neue Impulse gegeben hat.

Was bedeutet das für unsere Wirtschaft? Zunächst im Innern: Seit über einem Jahrzehnt schleppt sich unser Wirtschaftsleben von Erschütterung zu Erschütterung. Das, was der Wirtschaft die Möglichkeit des Gedeihens gibt, die Ruhe der Entwicklung, die Stabilität der die Wirtschaft bestimmenden Faktoren, die Zusammenarbeit zwischen allen Berufs- und Schichten der Bevölkerung, war uns eine nahezu unbekannte Größe geworden. Wirtschaften hieß jahrelang: Spekulieren, im guten, wie im bösen Sinne des Wortes. Hier hat die Festigung der Währung erfreulichen Wandel gebracht, die tragbare Grundlage für einen neuen Wiederaufbau geschaffen, der Bevölkerung eine seelische und materielle Beruhigung gegeben, die sich in zahlreichen hoffnungsvollen Anzeichen äußerte. Noch aber steht das große Problem einer Anpassung unserer Wirtschaft, unserer Staatssfinanzen an die Erfordernisse einer gegenüber den Vorkriegsverhältnissen gänzlich veränderten Zeit ungeklärt vor uns.

Wir stehen vor einem Reformprogramm allergrößten Stiles: Neuorganisation der Wirtschaft, Verteilung der Dawes-Darlehen, Reform der Finanzgesetzgebung, Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Ländern. Man sollte meinen, daß ein solches Programm das äußerste an geistiger und moralischer Leistungsfähigkeit eines Volkes forderte, daß es ohne innere Ruhe, ohne freudiges und opferbereites Zusammenstehen aller Volksgenossen undurchführbar wäre. Hängt doch von seinem Gelingen, und zwar seinem raschen und vollständigen Gelingen, die Zukunft der deutschen Nation ab.

Und in einer solchen Lage, die an sich schon fast über Menschenkraft hinausgeht, will man die Spaltung innerhalb des Volkes noch verschärfen durch das Hineinwerfen eines politischen Momentes? Will man zu all den Schwierigkeiten, die die wirtschaftlichen Momente leider an sich schon ausreichend mit sich bringen, noch politischen Sprengstoff hinzutragen, den Wirtschaftskampf dadurch verschärfen, daß man eine Scheidung der Geister nach politischer Anschauung herbeizwingt? Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Belastung des Wirtschaftsfriedens irgendwem von Nutzen sein könnte. Ich erinnere daran, mit welchem Beifall aus allen Lagern vor einiger Zeit der letzte englische Ministerpräsident zur Sammlung zur wirtschaftlichen Beruhigung aufgerufen hat. Denn nur so könne das englische Volk im Kampfe um seine wirtschaftliche Weltgeltung bestehen. Ich glaube, dieser Ruf zur Sammlung sollte auch bei uns, die wir mit weit größeren Schwierigkeiten zu ringen haben, ein Echo finden.

Wende ich mich nun einer Betrachtung der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten zu, so lassen Sie mich betonen, daß ich wahrscheinlich der letzte bin, der in allem, was wir tun oder lassen sollen, immer ängstlich nach draußen schielt, was man da zu uns sagen wird. Aber

emntig.
er
ibel
Hotels
für das
10 Uhr.
heim!
ser
erfahren.
meister
Stellung.
Kinderlosen
afterin
Frau für
Wochens
1990
gebil. erbet.
staufdj!
3-Zimmer
Sodentammer
egen eine
ung in Woch
gefuht.
1990 an
alt erbeten.